



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde
am 24.11.2016, 18:00 Uhr,
im Paul-Wunderlich-Haus, Kreistagssaal (Erdgeschoss Haus A),
Am Markt 1, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 27.10.2016
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Tätigkeitsbericht des Sanierungsbeirates der Stadt Eberswalde
8. Informationen aus der Stadtverwaltung
9. Informationsvorlagen
- 9.1. **Vorlage:** I/0020/2016 **Einreicher/
zuständige Dienststelle:** 15 - Bürgeramt
Mietspiegel für die Stadt Eberswalde
10. Diskussion zum FinE 2016
11. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
12. Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen

13. Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen
14. Ab- und Bestellung von Mitgliedern des Seniorenbeirates
15. Genehmigung von Eilentscheidungen
16. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 16.1. **Vorlage:** BV/0370/2016 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei
Haushaltssatzung 2017/2018
(1. Lesung)
 - 16.2. **Vorlage:** BV/0360/2016 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Bebauungsplan Nr. 133 "Barnimhöhe"
Behandlung der Stellungnahmen
Satzungsbeschluss
 - 16.3. **Vorlage:** BV/0371/2016 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Benennung der neu entstehenden öffentlichen Straße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 133 "Barnimhöhe" in "Barnimhöhe"
 - 16.4. **Vorlage:** BV/0275/2016 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 40 - Amt für Bildung, Jugend und Sport
Richtlinie für die kommunale Förderung des Sports in der Stadt Eberswalde
 - 16.5. **Vorlage:** BV/0373/2016 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 60 - Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft
Grundsatzbeschluss zur Modernisierung der Verwaltungsstandorte Eberswalde
- Stadtmitte
 - 16.6. **Vorlage:** BV/0372/2016 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 80 - Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus
Beitritt der Stadt Eberswalde in die LAG Barnim (e.V.)
 - 16.7. **Vorlage:** BV/0362/2016 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße

- 16.8. **Vorlage:** BV/0379/2016 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion DIE LINKE
Antrag gemäß § 43 Absatz 6 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg auf
Umbildung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport und des Ausschusses für
Kultur, Soziales und Integration
- 16.9. **Vorlage:** BV/0380/2016 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 01.1 - Bürgermeisterbereich
Sitzverteilung im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadtverordneten-
versammlung - Wahlperiode 2014 - 2019
- 16.10. **Vorlage:** BV/0381/2016 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion DIE LINKE
Antrag gemäß § 43 Absatz 6 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg auf Auf-
lösung des Ausschusses für Energiewirtschaft
- 16.11. Verteilung der Ausschussvorsitze gemäß § 43 Absatz 5 BbgKVerf
- Benennung durch die Fraktionen
- 16.12. **Vorlage:** BV/0382/2016 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion DIE LINKE
Änderung der Geschäftsordnung
- 16.13. **Vorlage:** BV/0375/2016 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 01.1 - Bürgermeisterbereich
Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Eberswalde

TOP 1:

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Passoke, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, eröffnet die öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung um 18.00 Uhr.

TOP 2:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Passoke stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordneten-
versammlung beschlussfähig ist.

Einwendungen hiergegen werden nicht vorgetragen.

Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung sind 31 Stadtverordnete und der Bürgermeister an-
wesend (**Anlage 1**).

TOP 3:

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 27.10.2016

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 4:

Feststellung der Tagesordnung

Herr Passoke teilt mit, dass die Anfragen AF/0056/2016 „Versiegelungsbilanz im Stadtgebiet“ (**Anlage 2**) und AF/0057/2016 „Fahrzeugpark des Zoos“ (**Anlage 3**) von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Anfragen AF/0058 /2016 „Vorbericht zur Haushaltssatzung 2017/2018 - Erhebliche Abweichungen“ (**Anlage 4**) und AF/0059/2016 „Präsentation im ABPU vom 08.11.2016“ (**Anlage 5**) von der Fraktion DIE LINKE vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurden und somit Bestandteil der Tagesordnung sind.

Herr Landmann stellt den Antrag, den TOP 10 „Diskussion zum FinE 2016“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Der Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 5:

Informationen des Vorsitzenden

Herr Passoke informiert über Nachstehendes:

5.1 Der Vorsitzende des Kinder- und Jugendparlamentes Herr Merten teilte mit, dass aufgrund zu geringer Beteiligung der Mitglieder das Kinder- und Jugendparlament nicht mehr arbeitsfähig und nicht mehr besetzt ist.

Herr Jede nimmt ab 18.05 Uhr an der Sitzung teil (**33 Anwesende**).

5.2 Beantwortung der Anfrage AF/0044/2016 „Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH Eberswalde (WHG)“ - StVV 26.05.2016

Herr Boginski informiert, dass am 26.10.2016 die entsprechende Diskussionsrunde zu Begrifflichkeiten im Gesellschaftervertrag der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG mbH) stattgefunden hat. Er teilt mit, dass die Ergebnisse der Vorträge (**Anlage 6 - Herr Adam; Anlage 7 - Herr Dr. Schönfelder**) sowie die Ergebnisdokumentation (**Anlage 8**) als Anlage der Niederschrift beigefügt werden. Herr Boginski berichtet, dass in der Diskussion hinsichtlich des Zwecks der Gesellschaft festgestellt werden konnte, dass unter dem Begriff „Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung“ zu verstehen ist, dass sich dieses auf die unterschiedliche ökonomische und soziale Lage bezieht bzw. verschiedene Einkommensgruppen betrachtet werden müssen. Der Begriff „sozial vertretbare Mieten“ bezieht sich auf die Leistbarkeit, also das Verhältnis von Miete zu Haushaltseinkommen, und die Angemessenheit der Mieten, also die Größe, die Lage sowie den Bezug zur ortsüblichen Vergleichsmiete. Herr Boginski infor-

miert, dass insgesamt festgestellt wurde, dass es wünschenswert wäre, eine gleichmäßige Verteilung von Wohnraum für verschiedene Einkommensgruppen im gesamten Stadtgebiet bzw. in verschiedenen Stadtteilen zu erreichen, um so die soziale Durchmischung zu erhalten und auszubauen. Herr Boginski macht deutlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt 60 % der Wohnungen der WHG mbH die Kriterien für die Kosten der Unterkunft des Landkreises Barnim erfüllen, jedoch nur ca. 9 - 12 % der Mieter der WHG mbH tatsächlich Leistungsempfänger und 25 % der Mieter Rentner sind.

Herr Boginski bezieht sich auf Punkt 2 der o. g. Anfrage und teilt zur Angemessenheit der „Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten“ mit, dass erarbeitet wurde, dass die Miete zumindest kostendeckend sein sollte. Die Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung einer ausreichenden Rücklage wird angestrebt, da dies die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Stabilität der WHG mbH sind und somit auch Voraussetzung für die Erfüllung des sozialen Auftrages der WHG mbH. Herr Boginski merkt an, dass klar herausgestellt wurde, dass sich die WHG mbH bei Sanierung oder Neubau von Wohnungen objektscharf und zielmietenorientiert vorgehen muss. Das heißt, die angestrebten Mieten richten sich je nach Notwendigkeit an den Zielen bzw. Kriterien, wie soziale Aspekte, Durchmischung sowie Stadtentwicklung. Auf diese Aspekte wird der Aufsichtsrat der WHG mbH konsequent achten. Herr Boginski informiert, dass in der Diskussionsrunde festgestellt wurde, dass die WHG mbH einen Überschuss erwirtschaften muss, um ihre Aufgaben zu erfüllen und langfristige Stabilität gewährleisten zu können. Die Stadt hat als Gesellschafterin in den letzten Jahren auf Gewinnausschüttung verzichtet.

In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass die Eigenkapitalquote bei 29 % liegt; sie ist im Branchenvergleich unterdurchschnittlich, aber dennoch ausreichend. Die Eigenkapitalquote muss langfristig gestärkt werden so wie auch die Eigenkapitalrentabilitätsrate. Jährlich werden 3 Mio. € von der WHG mbH in die Bestände investiert, ohne eine Mieterhöhung vorzunehmen, somit beträgt die Stadttrendite knapp 7 %. Insgesamt wurde festgestellt, dass die Formulierungen sehr gut sind.

Herr Pringal nimmt ab 18.10 Uhr an der Sitzung teil **(34 Anwesende)**.

TOP 6:

Einwohnerfragestunde

6.1 Einwohner, Bahnhofstraße, Eberswalde:

- bezieht sich auf TOP 16.13 „BV/0375/2016 „Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde““ und fragt, wo die Stadtverwaltung Eberswalde die Legitimation hernimmt, einen Antrag zur Änderung der Ausschüsse zu stellen; er weist darauf hin, dass nach § 43 Absatz 6 der Brandenburgischen Kommunalverfassung aus seiner Sicht nur den Fraktionen die Möglichkeit gegeben wird, einen Antrag auf Umänderung der Ausschüsse zu stellen; er ist der Ansicht, dass es nicht rechtens ist, wenn ein Austausch zwischen einer Fraktion und der Stadtverwaltung erfolgt; weiterhin ist er der Meinung, dass, sofern es zur Beschlussfassung kommt, dieser Beschluss zu beanstanden ist

Herr Boginski teilt mit, dass eine Neu- und Umbildung von Ausschüssen nur auf Antrag einer Fraktion vorgenommen werden kann.

6.2 Herr Albrecht Triller, Erich-Weinert-Straße 1, 16227 Eberswalde:

- erklärt, dass seine persönlichen Daten mit in die Niederschrift aufgenommen werden können; weiterhin bezieht er sich auf die Ausführungen von Herrn Boginski unter TOP 5.2 und gibt seine Fragen zur Thematik schriftlich als Anlage zur Niederschrift (**Anlage 9**); Herr Triller fragt weiterhin, mit welcher Berechtigung das Ergebnis der Denk- und Diskussionsveranstaltung am 24.10.2016, die seiner Meinung nach von ihrem kommunalpolitischen Charakter her eine private Veranstaltung war, hier als Grundlage der weiteren kommunalpolitischen Arbeit eingebracht wird

Herr Boginski verweist auf die Beantwortung der Fragen unter TOP 5.2 sowie die der Niederschrift beigefügten Zusammenfassung. Weiterhin merkt Herr Boginski an, dass, sofern Herr Triller eine gegenteilige Auffassung über die Rechtmäßigkeit hat, er sich an die Kommunalaufsicht wenden kann.

6.3 Einwohner, Platz der Jugend, Eberswalde:

- bezieht sich auf TOP 16.7 „BV/0362/2016 ,Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße“ und teilt mit, dass er weiterhin dagegen ist

6.4 Einwohner, Fritz-Weineck-Straße, Eberswalde:

- nimmt Bezug auf TOP 16.7 „BV/0362/2016 ,Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße“ und ist der Ansicht, dass die Bevölkerung in diesem Gebiet immer älter wird; somit ist es aus seiner Sicht dringend erforderlich, dass man dort den älteren Leuten entgegen kommt
- bezieht sich auf das Mietpreiserhöhungsverlangen der WHG mbH und fragt, warum hinsichtlich der Wohnungsgröße beim Wohnungstyp der WHG mbH und auch der Wohnungsbaugesellschaft Eberswalde-Finow eG mit einem großzügigen Balkon mit einer Fläche von 4,19 m² gerechnet wird, jedoch am Ende nur eine wirkliche Fläche von nicht mal 3 m² bleibt; er drückt sein Unverständnis dahingehend aus, dass seiner Ansicht diese Angaben falsch sind, da ein gutes Wohnumfeld in die Mietpreiserhöhung einberechnet wurde; seiner Meinung nach ist es nicht vorstellbar, wie es sich um ein gutes Wohnumfeld handeln kann, wenn dieses direkt an einer Fernverkehrsstraße liegt und dem direkten Lärm der B 167 ausgesetzt ist; weiterhin führt er die zwei Metallbau-ruinen an der Eberswalder Straße an, die nicht für ein gutes Wohnumfeld sprechen

Herr Boginski sagt zu, dass er hierzu Kontakt mit der WHG mbH aufnehmen wird, sodass diese sich der Angelegenheit annehmen und sich mit ihm in Verbindung setzen.

6.5 Einwohner, Am Tempelberg, Eberswalde:

- bezieht sich auf TOP 16.7 „BV/0362/2016 ,Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße“ und teilt mit, dass die Elternkonferenz des Gymnasiums Finow mehrheitlich für den grundhaften Ausbau der Fritz-Weineck-Straße mit einer O-Bus-Haltestelle ist; er gibt einen offenen Elternbrief der Elternvertretung des Gymnasiums Finow schriftlich als Anlage zur Niederschrift (**Anlage 10**)

Herr Passoke beendet die Einwohnerfragestunde um 18.26 Uhr.

TOP 7:

Tätigkeitsbericht des Sanierungsbeirates der Stadt Eberswalde

Herr Prof. Dr. Peters, Vorsitzender des Sanierungsbeirates, informiert anhand einer PowerPoint-Präsentation über die Arbeit des Sanierungsbeirates der Stadt Eberswalde (**Anlage 11***).

TOP 8:

Informationen aus der Stadtverwaltung

8.1 Herr Boginski:

- teilt mit, dass am 01.11.2016 ein weiteres Gespräch zur Übernahme des Finowkanals zwischen dem Bund, dem Landrat sowie dem Bürgermeister und dem Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Tourismus stattgefunden hat; in diesem Zusammenhang informierte der Bund ausführlich über die aktuelle Übergabesituation von Kanalanlagen in der Bundesrepublik Deutschland, wie z. B. den Elisabethfehn-Kanal und die Stadtschleuse Kassel, bei dem die Kommunen die Anlage jeweils für 1 Euro gekauft haben und der Bund sich an 50 % der Kosten für die Sanierung beteiligt hat; des Weiteren informierte der Bund, dass im Zuge der Übernahme in Kassel, die entsprechende Staatssekretärin deutlich machte, dass zukünftig die wahren 50 % der Gesamtkosten für die Sanierung der Schleusen, auch inklusive Planungskosten sowie Kosten für den Denkmalschutz, übernommen werden; Herr Boginski weist darauf hin, dass dies ein wichtiger Schritt in eine gute Richtung ist; weiterhin teilte der Bund mit, dass noch im Dezember 2016 Grundstücksgrundrisse übermittelt werden; Herr Boginski wies in dem Gespräch darauf hin, dass die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal (KAG Region Finowkanal) sowie die Stadt Eberswalde selbst wünschen, dass der Bund bei einer Übernahme des Finowkanals in einen dann zu gründenden Zweckverband mitwirken sollte sowie dass die Kommunen aus eigenen Mitteln das Schleusenregime für die Jahre 2017/2018 gewährleisten können; es erfolgte eine Verständigung bezüglich des Zeitplanes; Herr Boginski informiert, dass die anvisierte 50 %-ige Kostenübernahme durch den Bund nach einer klaren Abrechnung erfolgen würde, das bedeutet, dass die Kommunen hinsichtlich der zu tragenden Kosten in Vorleistung gehen müssten; Herr Boginski ist der Ansicht, dass sich dieses vom Bund unterbreitete Angebot schwierig gestaltet, weil sich die Umsetzung für die KAG Region Finowkanal und die Stadt Eberswalde als schwierig erweisen wird; aus diesem Grund schlägt Herr Boginski vor, dem Bund ein Gegenangebot zu unterbreiten, in dem u. a. dargelegt wird, dass das vom Bund unterbreitete Angebot ein erster Schritt in die richtige Richtung ist; gleichzeitig wird der Bund aufgefordert, für gewisse Tranchen einen Vorschuss zu zahlen, da eine Vorleistung durch die Kommunen nicht tragbar ist; eine Abrechnung findet dann im Nachhinein statt; dieser Vorschlag wurde in der Sitzung der KAG Region Finowkanal am 23.11.2016 mit eindeutiger Zustimmung der Mitgliedskommunen aufgenommen und Herr Boginski wurde beauftragt, weitere Verhandlungen durchzuführen; hierzu wird Herr Boginski im Vorfeld der Verhandlungen mit dem Bund intensive Gespräche mit dem Landrat führen; sobald ein Ergebnis vorliegt, inklusive u. a. mit der neu zu erstellenden Wirtschaftlichkeitsberechnung, wird der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt; Herr Boginski bittet um ein Feedback von den Stadtverordneten, ob sie die von ihm unterbreitete Vorgehensweise mittragen

- bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Trieloff unter TOP 9.1 im Hauptausschuss am 17.11.2016 zur Thematik „Einrichtung in der Eisenbahnstraße 100“ und teilt mit, dass der Landkreis Barnim derzeit eine Untersuchung der Unterkünfte für Geflüchtete vornimmt und eine andere konzeptionelle Aufstellung vornehmen will; hierbei wird überprüft, wie Kapazitäten effizienter eingesetzt werden können; der Landrat teilte ihm gegenüber mit, dass keine Entscheidung ohne die Einbeziehung der Hauptverwaltungsbeamten der jeweiligen Kommunen getroffen wird
- lädt zu nachstehenden Veranstaltungen ein:
 - . 25.11.2016 - Eröffnung des Weihnachtsmarktes auf dem Marktplatz
 - . 26.11.2016 - Weihnachtsmarkt in Spechthausen
 - . 03.12.2016 - 10 Jahre Netzwerk Gesunde Kinder
 - . 06.12.2016, 15.00 Uhr - Gedenken an Amadeu Antonio
 - . 09.12.2016 - Jugenddialog Eberswalde zur zukünftigen Beteiligung von Jugendlichen in der Stadt Eberswalde
 - . 11.12.2016 - Weihnachtsmarkt im Brandenburgischen Viertel
 - . 17.12.2016 - Weihnachtsmarkt in Finow
 - . 23.12.2016 - Eberswalder Weihnachtssingen auf dem Marktplatz

8.2 Frau Fellner:

- lädt alle Fraktionsvorsitzenden ein, an einer Arbeitsgruppe, die zur Thematik „Zukünftige Wohnbauflächenentwicklung in der Stadt Eberswalde“ gebildet werden soll, teilzunehmen; Grund hierfür ist die positive Entwicklung des Bevölkerungswachstums, das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum und Grundstücken im unmittelbaren Berliner Umland sowie diverse Anfragen zur Errichtung von Ein- und Mehrfamilienhäusern; Frau Fellner informiert, dass einige Projekte, wie z. B. Ostender Höhen und Clara-Zetkin-Siedlung, für neue Flächenangebote relativ kurzfristig erarbeitet wurden; auf lange Sicht ist vorgesehen, Strategien für zukünftige Flächenangebote zu diskutieren; als gute und konstruktive Zusammenarbeit in einer ähnlichen Arbeitsgruppe führt sie die Arbeitsgruppe an, die im Zuge der Erarbeitung des Flächennutzungsplanes Entscheidungen des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt sowie der Stadtverordnetenversammlung vorbereitet hat; vorgesehen ist, die Flächenpotentiale, die im Flächennutzungsplan ausgewiesen sind, gemeinsam in der neu zu bildenden Arbeitsgruppe zu betrachten, ob die Stadt selbst als Akteur tätig werden sollte oder ob private Initiativen gefördert werden wollen; Ziel ist es, Vorschläge für eine strategische Perspektive für die Gesamtstadt zu entwickeln, die dann auch als Grundlage für eine Diskussion im Fachausschuss sowie zur Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung dienen soll; eine erste Sitzung ist für den 24.01.2017 vorgesehen; eine schriftliche Einladung wird den Fraktionsvorsitzenden zugehen; des Weiteren bittet Frau Fellner alle Fraktionen, einen Vertreter zu benennen, der in der neu zu bildenden Arbeitsgruppe mitwirken soll

8.3 Frau Stibane:

- bezieht sich auf die im Ausschuss für Energiewirtschaft sowie im Hauptausschuss gestellten Fragen zu möglichen Kreditaufnahmen bzw. die wirtschaftliche Betätigung durch die Gemeinden sowie den vorliegenden Änderungsanträgen der Fraktionen zur Haushaltssatzung 2017/2018 und teilt mit, dass u. a. Fragen zu Krediten sowie zu allgemeinen Haushaltsgrundsätzen in den §§ 63 ff. der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) geregelt sind; hierzu wird u. a. ausgeführt, dass die Haushaltswirtschaft so zu führen ist, dass die Aufgabenerfüllung der Gemeinde stetig gewährleistet ist, hierzu gehört eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung; Frau Stibane betont, dass die sich hieraus ergebene Einnahmehierarchie (Erträge/Einzah-

lungen) Kredite als ultima ratio vorsieht, also wenn keine andere Finanzierung gesichert ist; Kredite sind demnach nicht das einzige zulässige Mittel, während auch Investitionskredite nur für Investitionen zulässig sind; weiterhin ist eine Genehmigung der Kommunalaufsicht von Krediten notwendig, da die Kreditaufnahme die Leistungsfähigkeit der Kommune nicht beeinträchtigen darf; zur Thematik Kassenkredite teilt Frau Stibane mit, dass diese mit der Haushaltssatzung beschlossen werden, sich jedoch den gleichen Bedingungen wie Kredite unterwerfen und nach pflichtgemäßen Ermessen vorzubereiten sind; zur wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen sind in der BbgKVerf restriktive Regelungen zur Zulässigkeit enthalten, die sich am Aufgabenspektrum einer Gemeinde, also der örtlichen Gemeinschaft dienen oder ein öffentlicher Zweck erfüllt werden soll, orientieren; sie informiert, dass die Gewinnerzielung allein keinen öffentlichen Zweck darstellt und somit nicht mit den Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung vereinbar ist, die ebenfalls der Genehmigung der Kommunalaufsicht bedürfen; zu beachten ist die Subsidiarität privater Unternehmen, d. h. wenn eine Leistung durch private Anbieter gleichwertig oder besser erbracht werden kann, ist sie durch diese zu leisten und nicht durch die Gemeinde selbst - hierzu sind entsprechende Leistungsvergleiche vorzunehmen; Frau Stibane merkt an, dass weitere vertiefte Diskussionen zu den Themen auch im entsprechenden Fachausschuss vorgenommen werden können

TOP 9:

Informationsvorlagen

TOP 9.1:

Vorlage: I/0020/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 15 - Bürgeramt

Mietspiegel für die Stadt Eberswalde

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den als Anlage beigefügten IX. Mietspiegel für den nicht preisgebundenen Wohnraum in der Stadt Eberswalde zur Kenntnis.

TOP 10:

Diskussion zum FinE 2016

Herr Boginski weist darauf hin, dass die Diskussion in zwei verschiedene Richtungen geht, zum einen die inhaltliche Diskussion zur Ausrichtung des Straßenfestes und zum anderen die Diskussion zu Verfehlungen von Mitarbeitern. Aufgrund des zweiten Punktes wurde das Rechnungsprüfungsamt gebeten, eine entsprechende Prüfung vorzunehmen. Zur Frage der inhaltlichen Ausrichtung des Festes teilt Herr Boginski mit, wird eine Diskussion nach Erstellung eines Konzeptes vorgenommen, die dann im entsprechenden politischen Gremium thematisiert wird.

Frau Wendlandt erörtert die öffentlichen Teile des Prüfprotokolls des Rechnungsprüfungsamtes, die die Prüfung der Einhaltung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen bei der Finanzierung des Stadtfestes FinE betreffen. Insgesamt ist festzustellen, dass haushaltsrechtlich alles zulässig war, da die zur Verfügung stehende Gesamtsumme nicht überschritten wurde. Somit bestand eine Legitimation für die Mitarbeiter und Rechtsverstöße seitens der Mitarbeiter konnten nicht festgestellt werden. Weiterhin weist Frau Wendlandt darauf hin, dass eine Wertgrenze für das FinE gefunden werden sollte. Sie gibt hierbei zu bedenken, dass für jährlich 23.450,00 € bis zum Jahr 2020 eine feste vertragliche Bindung besteht.

Herr Lenke, Vorsitzender des Personalrates, weist die im Zusammenhang der Diskussion vorgebrachten öffentlichen Anschuldigungen gegenüber den Beschäftigten der Stadtverwaltung Eberswalde, insbesondere den Beschäftigten des Kulturamtes, zurück. Er stellt klar, dass die Mitarbeiter mit Legitimation entsprechend dem Haushaltsplan für das Jahr 2016 gehandelt haben und weist darauf hin, dass dies auch dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zu entnehmen ist.

Herr Gatzlaff teilt mit, dass er bei Übernahme seiner Tätigkeit als Dezernent für Bildung, Soziales, Kultur und Beschäftigungsförderung vom Kulturamt informiert wurde, dass es eine finanzielle Vorgabe der Stadtverordnetenversammlung zur Ausrichtung des FinE gibt. Herr Gatzlaff teilt sein Bedauern dahingehend mit, dass bei der Vorbereitung des Festes eine Übersicht zu den ausgegebenen Mitteln nicht regelmäßig fortgeführt wurde, sodass nicht rechtzeitig eine Überschreitung der vorgesehenen 80 T€ bemerkt wurde. Aus diesem Grund fühlte er sich als zuständiger Dezernent verpflichtet, über den Fakt der Überschreitung der Summe in den politischen Gremien zu informieren.

*Herr Zinn gibt seine Ausführungen zur Thematik schriftlich als Anlage zur Niederschrift (**Anlage 12**).*

Frau Kersten bittet, dass die weitere Diskussion in den nicht öffentlichen Teil verlegt wird.

Herr Herrmann merkt im Namen der Bürgerfraktion Eberswalde an, dass sich die Fraktion grundsätzlich das FinE in einer anderen Form vorstellen kann und befürwortet, dass eine Diskussion zum Inhalt, insbesondere im Rahmen der konzeptionellen Diskussion in den entsprechenden politischen Gremien, stattfindet.

Herr Ortel merkt an, dass die zentrumsnahe Gestaltung des Festes gut ist. Er weist darauf hin, dass auch ein neues Konzept mehr kosten könnte und man sich demnach in der inhaltlichen Diskussion auch diesem Aspekt stellen muss.

Frau Schostan drückt ihr Unverständnis dahingehend aus, dass von Herrn Gatzlaff kommuniziert wurde, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für das Straßenfest überzogen wurden, obwohl es keine haushaltsrechtlichen Bedenken gab und genügend Mittel zur Verfügung standen.

TOP 11:

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

TOP 11.1:

Anfrage: AF/0056/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Versiegelungsbilanz im Stadtgebiet

Frau Fellner nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zu Frage 1:

Eine Übersicht liegt nicht vor, da diese aus diversen Gründen auch nicht möglich ist, z. B. weil in der Brandenburgischen Bauordnung genehmigungsfreie Vorhaben, wie z. B. Flächen von bis zu

50 m² für Carports oder Garagen, aufgeführt sind. Aufgrund dessen erlangt die Stadt Eberswalde hierüber keine Kenntnis. Die Erarbeitung könnte auch mit dem vorhandenen Personal nicht geleistet werden.

zu Frage 2:

Aufgrund einer fehlenden Übersicht ist dies nicht möglich.

zu Frage 3:

Frau Fellner informiert, dass intensiv über dieses Thema nachgedacht wird. Frau Fellner erinnert an das letzte Aufstellungsverfahren zum Flächennutzungsplan (FNP), bei dem die Flächenbilanzen kritisch betrachtet wurden. Im Vergleich zum vorherigen FNP sind 25 Hektar weniger Baufläche im zurzeit geltenden FNP enthalten, d. h. dass ein deutliches Ziel der geringeren Flächenentsiegelung im neuen FNP realisiert wurde. Weiterhin wird auf Recyclingflächen gebaut, wie es z. B. beim jetzigen Westend-Center erfolgt ist. Es wird konsequent an Entsiegelungsflächen gearbeitet, wie z. B. der Abriss des ehemaligen Kreishauses und des ehemaligen Neckermann-Gebäudes, die nicht neu versiegelt wurden sowie mit Abriss des Objektes „Märkische Heide“, wonach das Gebiet mit Mitteln aus dem Stadt-Umland-Wettbewerb entsiegelt werden soll, sobald der Fördermittelantrag genehmigt wurde. Sie weist darauf hin, dass nicht entsiegelte Flächen, wie z. B. die ehemalige Tankstelle zwischen Finow und dem Brandenburgischen Viertel, sich positiv auf die Flächenbilanz auswirken.

TOP 11.2:

Anfrage: AF/0057/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fahrzeugpark des Zoos

Herr Boginski nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zu Frage 1:

Der Fuhrpark des Zoos beinhaltet 17 Fahrzeuge; eine entsprechende Auflistung u. a. über den Fahrzeugtyp, das Alter des Fahrzeuges und die Nutzungshäufigkeit wird als Anlage der Niederschrift beigefügt (**Anlage 13**).

zu Frage 2:

Es gibt einen gemeinsamen Fuhrpark mit 123 Fahrzeugen, die vom Hauptamt verwaltet werden und die von allen 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit genutzt werden können.

zu Frage 3:

Herr Boginski sagt zu, eine Prüfung vorzunehmen, ob dies möglich ist.

TOP 11.3:

Anfrage: AF/0058/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion DIE LINKE

Vorbericht zur Haushaltssatzung 2017/2018

- Erhebliche Abweichungen

Frau Stibane stellt klar, dass es sich bei der Bezeichnung „Erhebliche Abweichungen“ um eine Bezeichnung aus dem Vorbericht handelt.

Zur Frage der Personalaufwendungen teilt Frau Stibane mit, dass die Steigerung u. a. aus Tarifierhöhungen resultiert. Weiterhin ist die Erhöhung Resultat des Beschlusses-Nr. 19/147/16 „Änderung des Stellenplans 2016 gemäß § 9 KomHKV“ vom 28.04.2016 sowie der Absenkung des Betreu-

ungsschlüssels. Die Betriebsgenehmigungen für die Kindertagesstätten wurden erweitert, dementsprechend hat sich der Erzieherbedarf erhöht. Im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, Sozial- und Erziehungsdienst, wurden Änderungen vorgenommen, u. a. bei den Grundgehältern der Erzieher.

Frau Stibane informiert zur Produktgruppe 28.20 (Familiengarten), dass auf der Seite IV-161, Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, des Haushaltsplanentwurfes auf Sachkontenebene beim Sachkonto „Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen“ die Erhöhung von 97 T€ im Ansatz 2017 im Vergleich zum Ansatz 2016 zu finden ist. Die Erhöhung von 37 T€ betrifft das gleiche Sachkonto im Ansatz 2018 im Vergleich zum Ansatz 2016. Hinter dem Sachkonto verbirgt sich die Instandhaltung des gesamten Geländes des Familiengartens, inklusive u. a. Wartungsarbeiten, TÜV/Dekra-Leistungen, Korrosionsschutzmaßnahmen am Eberkran sowie Sanierung des Abenteuerspielplatzes.

Zu den übrigen Fragen sagt Frau Stibane eine schriftliche Beantwortung zu.

TOP 11.4:

Anfrage: AF/0059/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion DIE LINKE

Präsentation im ABPU vom 08.11.2016

Frau Fellner nimmt die Beantwortung der Fragen wie folgt vor:

zu Frage 1:

Frau Fellner weist darauf hin, dass die in der Frage 1 enthaltene Thematik Bestandteil einer ausgewählten Klimaschutzmaßnahme ist, die im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) am 08.11.2016 anhand einer Präsentation vorgestellt wurde. Sie informiert, dass für drei Jahre ein Klimaschutzmanager in der Verwaltung gefördert wird. Im Rahmen dieser Fördermaßnahme besteht die Möglichkeit, dass man in dieser Zeit eine investive Maßnahme in Höhe von maximal 400 T€ Kosten mit bis zu 50 % gefördert bekommen kann. Dieses Angebot wurde entsprechend geprüft und verschiedene Bereiche wurden nach ihren Bedarfen und Möglichkeiten innerhalb ihres jeweiligen Budgets abgefragt. Im Ergebnis dessen konnte festgestellt werden, dass die gewinnbringendste sowie sinnvollste Maßnahme die Umstellung der Fahrzeugflotte des Zoos auf Elektromobilität ist. Dieser Vorschlag wurde im ABPU am 08.11.2016 vorgestellt. Zur Frage der Fraktion teilt sie mit, dass theoretisch eine Förderung der Fahrzeuge des Bauhofs möglich gewesen wäre, jedoch war die Anforderung, dass es sich um eine in sich abgeschlossene Maßnahme handeln sollte, daher kam der Bauhof nicht in Betracht. Grund dafür ist, dass nach heutigem Stand der Technik nicht die gesamte Flotte der Bauhoffahrzeuge auf Elektromobilität umzustellen ist. Der Zoo hingegen hat besonders innerhalb des Geländes deutlich kürzere Wege und hat zusätzlich die Möglichkeit die Maßnahme mitzufinanzieren. Durch die Elektrifizierung der Fahrzeuge im Zoo kann die Lebensqualität der Tiere sowie auch die Erlebnisqualität der Besucher gesteigert werden, da sich die Emissionen deutlich verringern. Frau Fellner weist darauf hin, dass vorgesehen ist, die gesamte Flotte der Stadt Eberswalde auf Elektrofahrzeuge umzustellen, dies wird nach und nach vorgenommen. Durch den Klimaschutzmanager soll in Erfahrung gebracht werden, welche Fördermöglichkeiten es hierfür geben könnte.

zu Frage 2:

Zu Frage 2 teilt Frau Fellner mit, dass die Stadtverwaltung gebeten wurde festzustellen, in welchen Bereichen die Verwaltung besonders hohe Kosten für die Unterhaltung von Sandstraßen hat. Entsprechende Ergebnisse wurden dem ABPU vorgelegt. Frau Fellner macht deutlich, dass die unbe-

festigten Straßen mit Gefälle besonders unterhaltungsintensiv sind, da bei stärkerem Regen das Wasser den Sand ausspült. Sie informiert, dass diese Ergebnisse nicht Teil des Wertungsvorganges für die Priorisierung der Ausbaureihenfolge sind. Grund hierfür ist, dass derzeit ein mit den Stadtverordneten verabredetes Verfahren angewandt wird. Danach werden Anliegerstraßen dann im Auswahlverfahren berücksichtigt, wenn entweder die Anwohner dies wünschen oder wenn Probleme mit der Verkehrssicherungspflicht entstehen würden, die nicht mehr bewältigt werden können und die Verkehrssicherungspflicht somit nicht mehr gewährleistet werden kann. Frau Fellner informiert, dass ein besonders hoher Straßenreinigungsaufwand nur in der Straße „Am Paschenberg“ zu verzeichnen ist, da der Sand auf die Erich-Mühsam-Straße gespült wird. Sie führt an, dass die Straßenreinigungssatzung kein Mittel ist, um dem Problem gerecht zu werden, dass bei anderen Sandstraßen der Sand in die nächste Sandstraße gespült wird. Nach derzeitiger Satzungslage ist nicht möglich, eine Beteiligung der Anlieger an diesen Kosten herbeizuführen. Weiterhin ist die Stadt Eberswalde für die Unterhaltung der Straßen zuständig und kann die Kosten daher nicht umlegen.

11.5 Herr Zinn

- bezieht sich auf die Thematik „Finowkanal“ und bittet, dass im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen schriftlich über die Thematik informiert wird, sodass der Diskussions- und Entscheidungsprozess in den Fraktionen vereinfacht wird

Herr Boginski nimmt die Anregung auf und wird im nächsten Hauptausschuss entsprechende Informationen vorlegen, um dann mit den Fraktionsvorsitzenden in die Diskussion einsteigen zu können.

11.6 Herr Banaskiewicz:

- bezieht sich auf den Änderungsantrag der Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde im Rahmen der Diskussion zur Haushaltssatzung 2015 sowie die durch die Verwaltung zugesicherte Wirtschaftlichkeitsprüfung des Bauhofes im Hauptausschuss am 22.01.2015 durch den Steuerungsdienst und fragt nach dem aktuellen Sachstand

Frau Stibane teilt mit, dass ein Entwurf der Prüfung vorliegt und durch den ehemaligen Steuerungsdienst (jetzt Sachgebiet Organisation) bearbeitet wurde. Derzeit erfolgt eine interne Abstimmung zwischen dem Bauhof und dem Sachgebiet Organisation zu diesem Entwurf. Frau Stibane informiert, dass die Prüfungsergebnisse voraussichtlich Anfang 2017 zur Verfügung stehen werden.

TOP 12:

Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen

AKSI am 01.11.2016:

Herr Wolff, Vorsitzender, berichtet über die behandelte Informationsvorlage sowie die behandelten Themen und Beschlussvorlagen.

ABJS am 03.11.2016:

Herr Landmann, Vorsitzender, informiert über die behandelten Themen und Beschlussvorlagen.

ABPU am 08.11.2016:

Herr Wolff, Vorsitzender, informiert über die behandelten Themen und Beschlussvorlagen.

AWF am 10.11.2016:

Herr Jur, Vorsitzender, berichtet über die behandelte Informationsvorlage sowie die behandelten Themen und Beschlussvorlagen.

AEW am 15.11.2016:

Herr Morgenroth, Vorsitzender, berichtet über die behandelten Beschlussvorlagen.

RPA am 16.11.2016:

Herr Morgenroth, stellv. Vorsitzender, berichtet über die behandelte Thematik und Beschlussvorlage.

HA am 17.11.2016:

Herr Boginski, Vorsitzender, informiert über die behandelte Informationsvorlage sowie die behandelten Beschlussvorlagen.

TOP 13:

Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen

Herr Passoke teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE vorschlägt, Herrn Hans-Jürgen Müller als sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt abzu berufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 24/180/16

Die Stadtverordnetenversammlung beruft Herrn Hans-Jürgen Müller als sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt ab.

TOP 14:

Ab- und Bestellung von Mitgliedern des Seniorenbeirates

Herr Passoke teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE vorschlägt, Herrn Karl Diedrich als Mitglied in den Seniorenbeirat der Stadt Eberswalde zu bestellen.

Herr Passoke erläutert, dass gemäß § 19 Absatz 2 der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde innerhalb einer Wahlperiode nicht besetzte Beiratssitze von der Stadtverordnetenversammlung durch Wahl nachbesetzt werden können. Sofern die Anzahl der Bewerber/innen die Anzahl der zu vergebenen Sitze nicht übersteigt, kann die Stadtverordnetenversammlung mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder beschließen, dass die Bewerberinnen und Bewerber durch Abstimmung als Mitglied des Seniorenbeirates bestellt werden. Derzeit sind 16 von möglichen 25 Sitzen besetzt.

Die Wählbarkeit der vorgeschlagenen Person wurde anhand des Einwohnermelderegisters überprüft. Der Bewerber erfüllt die Anforderungen gemäß § 19 Absatz 2 Satz 1 der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde.

Herr Zinn verlässt den Sitzungssaal um 19.49 Uhr (**33 Anwesende**).

Herr Diedrich stellt sich kurz persönlich vor.

Abstimmung, ob die Wahl durch Abstimmung erfolgen kann: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis zu dem Wahlvorschlag: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 24/181/16

Die Stadtverordnetenversammlung bestellt Herrn Karl Diedrich als Mitglied in den Seniorenbeirat der Stadt Eberswalde.

Es wird eine 20-minütige Pause eingelegt.

Herr Zinn nimmt ab 20.15 Uhr wieder an der Sitzung teil (**34 Anwesende**).

TOP 15:

Genehmigung von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

TOP 16:

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 16.1:

Vorlage: BV/0370/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei

Haushaltssatzung 2017/2018

(1. Lesung)

Herr Passoke teilt mit, dass der von der Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde eingereichte Änderungsantrag zur Beschlussvorlage an alle Stadtverordneten übersandt wurde.

Der von der Fraktion DIE LINKE eingereichte Änderungsantrag zur Beschlussvorlage wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt (**Anlage 14**).

TOP 16.2:

Vorlage: BV/0360/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Bebauungsplan Nr. 133 "Barnimhöhe"

Behandlung der Stellungnahmen

Satzungsbeschluss

Herr Wolff erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Passoke teilt mit, dass Austauschseiten zur Anlage 2 c der Beschlussvorlage mit den Sitzungsunterlagen an alle Stadtverordneten übersandt wurden.

Frau Fellner teilt als Einreicherin der Beschlussvorlage mit, dass auf Seite 4 der Beschlussvorlage, der Satz („Der Vertrag befindet sich in der Erarbeitung und wird dem Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt und beschließend dem Hauptausschuss am 08.12.2016 vorgelegt.“) im letzten Absatz der Sachverhaltsdarstellung zu streichen ist, da der dort genannte Vertrag als Geschäft der laufenden Verwaltung nicht beschlussrelevant ist und somit nicht dem Hauptausschuss am 08.12.2016 zur Beschlussfassung vorgelegt werden muss.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 24/182/16

1. Behandlung der Stellungnahmen

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird über die Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 133 „Barnimhöhe“ in der Fassung vom 15.04.2016 entsprechend den in der beigefügten Synopse des Stadtentwicklungsamtes vom 12.10.2016 enthaltenen Beschlussvorschlägen entschieden.

2. Satzungsbeschluss

Der Bebauungsplan Nr. 133 „Barnimhöhe“ der Stadt Eberswalde in der Fassung vom 19.10.2016 wird gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.

Die Begründung wird gebilligt.

3. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung

Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Öffentlichkeit, die Stellungnahmen abgegeben haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen und die Satzung ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 16.3:

Vorlage: BV/0371/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Benennung der neu entstehenden öffentlichen Straße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 133 "Barnimhöhe" in "Barnimhöhe"

Herr Zinn teilt mit, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 24/183/16

Der Benennung der neu entstehenden öffentlichen Straße, in der Anlage schwarz schraffiert dargestellt, im Geltungsbereich des BPL Nr. 133 „Barnimhöhe“ in „Barnimhöhe“ wird zugestimmt.

TOP 16.4:**Vorlage:** BV/0275/2016 **Einreicher/****zuständige Dienststelle:** 40 - Amt für Bildung, Jugend und Sport**Richtlinie für die kommunale Förderung des Sports in der Stadt Eberswalde**

Herr Hoeck und Herr Kurth erklären sich für befangen und nehmen weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Passoke teilt mit, dass im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport am 06.10.2016 eine 1. Lesung stattfand. Im Ergebnis dessen wurden Austauschseiten erarbeitet und mit den Sitzungunterlagen an alle Stadtverordneten übersandt.

Im Ergebnis der Diskussion im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport am 03.11.2016 wurden Austauschseiten erarbeitet, die an alle Stadtverordneten übersandt wurden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 24/184/16**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte „Richtlinie für die kommunale Förderung des Sports in der Stadt Eberswalde“ Änderung des Beschlusses Nr. 24/266/10 der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2010.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister:
 - Zuschüsse gemäß dieser Richtlinie bis zu einer Höhe von 1.999,99 € zu gewähren.
 - Zuschüsse gemäß dieser Richtlinie ab einer Höhe von 2.000,00 €, wenn der zuständige Ausschuss vorher darüber beraten und sein Einvernehmen hergestellt hat, zu gewähren.
3. Der Hauptausschuss und die Stadtverordnetenversammlung sind entsprechend ihrer Zuständigkeitsgrenzen gemäß Hauptsatzung zuständig.

TOP 16.5:**Vorlage:** BV/0373/2016 **Einreicher/****zuständige Dienststelle:** 60 - Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft**Grundsatzbeschluss zur Modernisierung der Verwaltungsstandorte Eberswalde****- Stadtmitte**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 24/185/16**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister schrittweise mit der Realisierung des Projektes „Modernisierung der Verwaltungsstandorte Eberswalde - Stadtmitte“ bis zum Jahr 2021. Die für die Maßnahme erforderlichen Mittel sind in die Pläne für die jeweiligen Haushaltsjahre einzustellen.

TOP 16.6:

Vorlage: BV/0372/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 80 - Amt für Wirtschaftsförderung und
Tourismus

Beitritt der Stadt Eberswalde in die LAG Barnim (e.V.)

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 24/186/16

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, zur besseren Entwicklung der Stadt Eberswalde als auch zur Vertiefung sowie Vereinfachung der gemeinsamen Projekte mit den Nachbarkommunen, die Mitgliedschaft der Stadt Eberswalde in der LAG Barnim (e. V.) zum 01. Januar 2017.

TOP 16.7:

Vorlage: BV/0362/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße

Herr Grohs erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Zinn teilt mit, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 24/187/16

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße zu und beschließt den Bau der Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

TOP 16.8:

Vorlage: BV/0379/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion DIE LINKE

Antrag gemäß § 43 Absatz 6 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg auf Umbildung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport und des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration

Herr Jede verlässt den Sitzungssaal um 20.35 Uhr (**33 Anwesende**).

*Herr Zinn gibt seine Ausführungen schriftlich als Anlage zur Niederschrift (**Anlage 15**).*

Herr Zinn stellt im Namen der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Die namentliche Abstimmung wird vorgenommen.

Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1.	Baaz	Otto		X	
2.	Banaskiewicz	Frank	X		
3.	Boginski	Friedhelm	X		
4.	Bohn	Winfried			X
5.	Büschel	Sabine	X		
6.	Prof. Creutziger	Johannes		X	
7.	Fischer	Reinhard			X
8.	Grohs	Uwe			X
9.	Herrmann	Götz	X		
10.	Hoeck	Martin	X		
11.	Dr. Hoffmann	Ulrike	X		
12.	Jur	Danko			X
13.	Kersten	Irene			X
14.	Kurth	Daniel	X		
15.	Laffin	Karl-Dietrich		X	
16.	Landmann	Lutz	X		
17.	Lux	Hardy	X		
18.	Dr. Mai	Hans	X		
19.	Morgenroth	Conrad	X		
20.	Oehler	Karen		X	
21.	Ortel	Dietmar			X
22.	Passoke	Volker	X		
23.	Pieper	Hans	X		
24.	Dr. Pischel	Ilona		X	
25.	Pringal	Roy		X	
26.	Schostan	Monique		X	
27.	Schubert	Eckhard	X		
28.	Sponner	Gottfried	X		
29.	Stegemann	Thomas	X		
30.	Trieloff	Götz	X		
31.	Wolff	Jürgen	X		
32.	Wrase	Ringo	X		
33.	Zinn	Carsten		X	

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 24/188/16

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, gemäß § 43 Absatz 6 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf), die Umbildung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport und des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration zu einem Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport vorzunehmen und legt die Zahl der Ausschusssitze gemäß § 43 Absatz 2 der BbgKVerf auf 10 Sitze fest.

TOP 16.9:

Vorlage: BV/0380/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 01.1 - Bürgermeisterbereich

Sitzverteilung im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadtverordnetenversammlung - Wahlperiode 2014 - 2019

Herr Passoke informiert, dass die Verteilung der Sitze nach dem Verfahren Hare-Niemeyer erfolgt. Entsendungsberechtigt sind die Fraktionen. Die Berechnung nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren ergibt folgendes Ergebnis:

Fraktion	Sitze
DIE SPD-Fraktion	2
DIE LINKE	2
CDU	2
Bürgerfraktion Eberswalde	1
Bündnis 90/Die Grünen	1
FDP	1
Alternatives Wählerbündnis Eberswalde	1

Herr Jede nimmt ab 21.00 Uhr wieder an der Sitzung teil (**34 Anwesende**).

Frau Dr. Hoffmann nimmt ab 21.00 Uhr nicht mehr an der Sitzung teil (**33 Anwesende**).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Herr Passoke weist darauf hin, dass die Benennung der Mitglieder und Stellvertreter/innen von den Fraktionen gegenüber dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung erfolgt. Die Namen können heute in der Sitzung benannt werden oder sind dem Vorsitzenden schriftlich anzuzeigen.

Herr Wolff teilt im Namen der Fraktion DIE LINKE mit, dass die Fraktion Frau Irene Kersten und Herrn Hans Pieper als Ausschussmitglieder benennt.

Frau Oehler teilt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass die Fraktion Herrn Prof. Johannes Creutziger als Ausschussmitglied benennt.

Herr Trieloff teilt im Namen der FDP-Fraktion mit, dass die Fraktion Frau Dr. Sabine Klavehn als Ausschussmitglied benennt. Weiterhin wird als 1. stellvertretendes Mitglied Herr Martin Hoeck und als 2. stellvertretendes Mitglied Herr Götz Trieloff benannt.

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 24/189/16**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde stellt gemäß § 43 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) folgende Sitzverteilung für den Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadtverordnetenversammlung fest:

Fraktion	Sitze
DIE SPD-Fraktion	2
DIE LINKE	2
CDU	2
Bürgerfraktion Eberswalde	1
Bündnis 90/Die Grünen	1
FDP	1
Alternatives Wählerbündnis Eberswalde	1

TOP 16.10:**Vorlage:** BV/0381/2016 **Einreicher/****zuständige Dienststelle:** Fraktion DIE LINKE

Antrag gemäß § 43 Absatz 6 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg auf Auflösung des Ausschusses für Energiewirtschaft

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 24/190/16**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, gemäß § 43 Absatz 6 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, die Auflösung des Ausschusses für Energiewirtschaft vorzunehmen.

TOP 16.11:

**Verteilung der Ausschussvorsitze gemäß § 43 Absatz 5 BbgKVerf
- Benennung durch die Fraktionen**

Herr Passoke teilt mit, dass die Ausschussvorsitze gemäß § 43 Absatz 5 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt werden. Demnach sind im Falle einer Umbildung von Ausschüssen alle hiervon betroffenen Ausschussvorsitze neu zu verteilen. Betroffen sind die umgebildeten Ausschüsse sowie alle Ausschüsse, deren Vorsitz aufgrund einer gleichhohen oder niedrigeren Höchstzahl vergeben wurde.

Herr Passoke informiert, dass es in der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.06.2014 seinerzeit zu folgender Verteilung der Ausschussvorsitze kam:

Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt (ABPU)	- DIE LINKE
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport (ABJS)	- SPD
Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (AWF)	- CDU
Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration (AKSI)	- DIE LINKE
Ausschuss für Energiewirtschaft (AEW)	- Bürgerfraktion Eberswalde
Rechnungsprüfungsausschuss (RPA)	- CDU

Angesichts dessen, dass der ABPU-Vorsitz als erster vergeben wurde und der ABPU von der beschlossenen Umbildung nicht betroffen ist, findet die Neuverteilung der Ausschussvorsitze für alle hiernach folgenden Ausschüsse statt. Nach der Berechnung nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt ist die Fraktion DIE SPD-Fraktion als erste für die Benennung eines Ausschussvorsitzes vorschlagsberechtigt.

Herr Lux teilt im Namen der Fraktion DIE SPD-Fraktion mit, dass sie Herrn Lutz Landmann als Vorsitzenden für den Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport benennt.

Weiterhin wurde ermittelt, dass die Fraktion DIE LINKE ihr Vorschlagsrecht bereits ausübt, da sie den Vorsitzenden für den ABPU hat, erfolgt hierzu kein Losentscheid.

Herr Passoke teilt mit, dass die CDU-Fraktion für die Benennung des dritten Ausschussvorsitzes vorschlagsberechtigt ist.

Herr Grohs teilt im Namen der CDU-Fraktion mit, dass sie Herrn Danko Jur als Vorsitzenden für den AWF benennt.

Des Weiteren wurde ermittelt, dass das Vorschlagsrecht für den nächsten Ausschussvorsitz aufgrund der gleichen Höchstzahl den Fraktionen DIE SPD-Fraktion und der Bürgerfraktion Eberswalde obliegt. Sofern keine Einigung zwischen den beiden Fraktionen erzielt werden kann, ist ein Losentscheid zwischen den beiden genannten Fraktionen durchzuführen.

Her Lux beantragt im Namen der Fraktion DIE SPD-Fraktion eine Auszeit.

Es wird eine 5-minütige Auszeit eingelegt.

Da keine Einigung zwischen den genannten Fraktionen zustande gekommen ist, wird der Losentscheid durchgeführt.

Im Ergebnis des Losentscheides ist die Bürgerfraktion Eberswalde für die Benennung des vierten Ausschussvorsitzes vorschlagsberechtigt.

Herr Herrmann teilt im Namen der Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde mit, dass sie Herrn Conrad Morgenroth als Vorsitzenden für den RPA benennt.

In diesem Zusammenhang macht Herr Passoke deutlich, dass die unter TOP 16.8 beschlossene Umbildung von Ausschüssen sowie die unter TOP 16.10 beschlossene Auflösung des AEW ab dem 01.01.2017 zum Tragen kommt.

TOP 16.12:

Vorlage: BV/0382/2016 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion DIE LINKE

Änderung der Geschäftsordnung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 24/191/16**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den § 14 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde nach dem 1. Satz um folgenden Satz zu ergänzen:

Die Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde sind in der Anlage „Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung“ zur Geschäftsordnung enthalten.

TOP 16.13:**Vorlage:** BV/0375/2016 **Einreicher/****zuständige Dienststelle:** 01.1 - Bürgermeisterbereich**Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde**

Herr Boginski zieht als Einreicher der Beschlussvorlage diese zurück.

Herr Passoke beendet die öffentliche Sitzung um 21.34 Uhr.

Passoke
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Brauns
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

* Gemäß den Ausführungen des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 12.12.2013 wird diese Anlage an die Fraktionsvorsitzenden sowie die fraktionslosen Stadtverordneten übersandt und ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

- **FDP**
 - Martin Hoeck bis 21.35 Uhr anwesend
 - Dr. med. Sabine Klavehn entschuldigt
 - Götz Trieloff

- **Alternatives Wählerbündnis Eberswalde**
 - Otto Baaz
 - Dr. Günther Spangenberg entschuldigt
 - Carsten Zinn

- **fraktionslos**
 - Dr. Ilona Pischel

- **Ortsvorsteher/in**
 - Werner Jorde
 - Matthias Stiebe

- **Dezernent/in**
 - Anne Fellner
 - Bellay Gatzlaff
 - Petra Stibane

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
 - Prof. Dr. Jürgen Peters
 - Torsten Stapel
 - Werner Voigt

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
 - Dr. Frank Henschel
 - Nancy Kersten
 - Kerstin Ladewig
 - Edmund Lenke
 - Dr. Stefan Neubacher
 - Marco Schwipper
 - Robby Segebarth
 - Jenny Seiffert
 - Sven Siebert
 - Sylke Wendlandt